

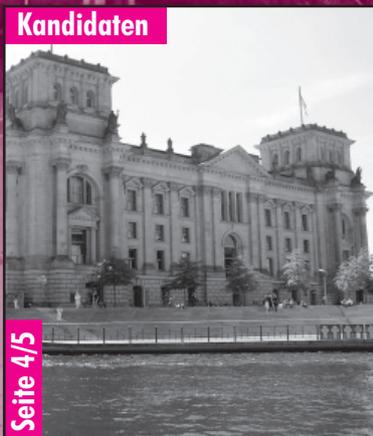


Kulturkampf



Seite 2/3

Kandidaten



Seite 4/5

Jüdisches Leben



Seite 6

Aus BVV und Ausschüssen

Durchsichtige Manöver



Eigentlich schlägt in den Haushaltsberatungen die Stunde klarer Worte, weil die nüchternen Zahlen das Handeln des Bezirks für die nächsten Jahre festlegen. Die parteipolitische Auseinandersetzung über den Doppelhaushalt begann schon vor der Sommerpause mit der ersten Lesung des Haushaltsplanentwurfes des Bezirksamtes.

Sie setzte sich in einer von Grünen und CDU initiierten Sondersitzung fort, die einzig dazu dienen sollte, den Kulturstadtrat Dr. Michail Nelken (DIE LINKE) für den von ihm verantworteten Teil des Haushaltsplanentwurfes öffentlich zu schelten.

Dabei hatte der Kulturstadtrat immer wieder erklärt, dass mit der Höhe der im Bezirkshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel extreme Auswirkungen auf den Kulturetat zu erwarten sind und eine „normale“ Unterersetzung nicht erfolgen kann. Nelken griff der damit notwendig gewordenen politischen Auseinandersetzung für oder gegen die Zukunft von Kultur und Bildung in



Pankow aber nicht vor und legte einen Haushaltsentwurf vor, der die Entscheidungsmacht der Bezirkspolitikern ernst nimmt. Wie um zu beweisen, dass auch Inkompetenz und Feigheit beim politischen Gegner unangenehm werden können, ergriff die schwarz-grüne „Opposition“ nun die Chance, Skandal zu rufen.

Ärgerlich ist dabei nicht nur, dass in der Öffentlichkeit Unwahrheiten über die Arbeit und die bisherigen Einsparungsbemühungen des Kulturamtes behauptet wurden, sondern vor allem, dass aus Wahlkampfinteressen leichtthin die Chance verpasst wurde, im Interesse der Pankowerinnen und Pankower mit einer Stimme zu sprechen. Verwunderung weckte

bei mir auch, dass die sonst so entscheidungsfreudigen Bezirksverordneten sich plötzlich als überfordert erklärten. Hätte der Kulturstadtrat einen rigiden Kürzungs- und Schließungsplan für die Pankower Kulturinstitutionen vorgelegt, hätten sie sicherlich erklärt, dass er und damit DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow BVV wie im Lande Berlin die Verantwortung für den Kulturabbau trage.

Nun aber lavieren sie und quengeln: Wasch' mich, aber mach' mich nicht nass! Ein eindeutiges Bekenntnis für Pankows Kulturlandschaft klingt anders.

Matthias Zarbock
Bezirksverordneter

Vor Haushaltsbeschluss droht Kulturkampf



Wie im Juni vorausgesagt, wird die Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) den Haushalt 2010/11 erst nach der Sommerpause beschließen können. Einen geänderten Terminplan für die Haushaltsdiskussion hat die BVV auf ihrer regulären Sitzung Mitte Juli beschlossen. Danach geht es jetzt erst richtig im September mit dem Streit um die Verteilung der Grausamkeiten los.

Die Vorlage dafür hat das Bezirksamt mit seinem Beschluss zum Entwurf des Doppelhaushalts geliefert. Obwohl dieser die erste Fortschreibung der Senatszuweisung von zusätzlichen 10,63 Millionen Euro für Pankow noch nicht berücksichtigt, riefen Grüne und CDU für den 22. Juli noch schnell zu einer BVV-Sondersitzung auf, um in einer vorgezogenen Haushaltsdebatte den Kulturstadtrat Michail Nelken (DIE LINKE) abzustrafen.

Dieser hatte bis dato nicht vermocht, 600.000 Euro schadlos aus dem Kul-

turetat zu streichen und dieses Problem per Bezirksamtsbeschluss auf den Tisch der BVV befördert.

Im Verlauf der Sondersitzung wurde deutlich, dass der Streit um den Kulturetat die diesjährige Haushaltsdebatte bestimmen wird und das mit offenem Ausgang. Denn unklar ist, ob das Bezirksamt nach der Sicherung der Finanzierung der Therapeutenstellen für den Schulbereich im Etat der Schulstadträtin Zürn-Kasztantowicz (SPD) einen Vorschlag zur Entschärfung des Konfliktfeldes Kultur unterbreiten wird. Während in den zurückliegenden Jahren DIE LINKE und SPD gemeinsam versucht haben, den Bezirkshaushalt auf Kurs zu halten und die härtesten Angebotseinbußen bei den sogenannten freiwilligen Leistungen trotz stetig wachsendem Druck aus der Senatsfinanzverwaltung zu vermeiden.

Dies haben sie auch gemeinsam und offensiv gegenüber Senat und Ab-

geordnetenhaus vertreten, scheint in diesem Jahr ein Kurswechsel immer wahrscheinlicher.

Die Kräfteverhältnisse in der BVV ermöglichen neue Optionen, Mehrheiten für einschneidende Kürzungen im Kulturbereich scheinen nicht mehr ausgeschlossen.

Der Haushaltsentwurf des Bezirksamtes enthält aber auch in anderen Bereichen ein nicht zu unterschätzendes Konfliktpotential, das den meisten Bezirksverordneten wahrscheinlich erst mit der Diskussion nach der Sommerpause ins Bewusstsein rückt.

Deshalb ist nicht absehbar, welchen Verlauf die Diskussion am Ende nehmen wird, ob und unter welchen Bedingungen DIE LINKE einem Haushalt zustimmen kann.

Die Ouvertüre am 22. Juli passte jedenfalls nicht zu einem glücklichen Finale.

Burkhard Kleinert
Bezirksverordneter

Das Interview

Abbrucharbeit

extraDrei sprach mit Michail Nellen (DIE LINKE), Stadtrat für Kultur, Wirtschaft und Stadtentwicklung in Pankow.

Michail, Du hast die Vorgabe, 1,25 Millionen an der Pankower Kultur einzusparen. Wirst Du Bibliotheken schließen oder sparst Du bei den Musikschulen?

Das sind fast ein Zehntel des Kulturetats. Die Sachmittel des Kulturhaushaltes umfassen zwar 950.000 Euro, von denen aber kaum mehr als 150.000 Euro herauszuziehen sind, ohne die Arbeit ganzer Bereiche einzustellen.

Bleibe nur ein Personalabbau von 22 bis 25 Stellen. Relevante Mitarbeiterzahlen gibt es im Kulturbereich aber nur noch in der Stadtbibliothek und in der Musikschule. Auch die Weiterarbeit des Museumsverbundes müsste in Frage gestellt werden. Solche Einsparung ist nicht leistbar.

Wieso verweigerst Du Dich den Sparvorgaben? Schiebst Du damit nicht den Schwarzen Peter an die Bezirksverordnetenversammlung (BVV)?

Das ist Quatsch. Ich habe Einsparvorschläge in Höhe von ca. 500.000 Euro unterbreitet. Selbst für diese gibt es keine guten Gründe, sondern nur das Muss der Unterfinanzierung der Bezirke durch das Land Berlin.

Jederdarüberhinausgehende Schritt führt zu gravierenden Einschnitten bei den Leistungsangeboten für die Bürger. Da stehen meines Erachtens die Sparbeiträge in keinem Verhältnis zum gesellschaftlichen Schaden. Diesen unsinnigen Raubbau an der bezirklichen Kultur kann ich aus politischer Überzeugung und in Erfüllung meiner Amtspflicht der BVV nicht zur Beschlussfassung vorschlagen. Die irreparable Demontage von bezirklichen Einrichtungen kann letztlich ohnehin nur die BVV beschließen, deshalb ist die Diskussion in der BVV jetzt notwendig.

In der BVV, unter Kulturmachern und Künstlern gibt es erbitterten Streit um die Zukunft

des Kulturareals Thälmannpark. Worum geht es und welche Position nimmt DIE LINKE ein?

Der Streit hat mehrere Facetten. Zum einen hat das Kulturamt im Kulturausschuss dargelegt, dass zu einer effektiveren Nutzung des Gebäudekomplexes konzeptionelle und bauliche Veränderungen erforderlich sind.

Eine Diskussion darüber wurde insbesondere von SPD und Grünen verweigert. Dies lag wohl daran, dass beide eine Abgabe der Immobilie in eine andere Trägerschaft



aus Kostengründen präferieren. Hinzu kam, dass die BVV auf der Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten für Jugendkulturprojekte, die den Eliashof in der Senefelderstraße verlassen müssen, weil dort wieder eine Grundschule eingerichtet wird, den Thälmannpark ins Auge fasste.

Dies geschah offensichtlich ohne Kenntnis der lebendigen bezirklichen kulturellen Projekte im Thälmannpark, was dort als Missachtung und auch Existenzbedrohung empfunden wurde.

Aus diesem unsensiblen Vorgehen und einer mit wechselseitigen Vorwürfen geführten öffentlichen Polemik ist der Kultur wie der Politik in Pankow erheblicher Schaden erwachsen. DIE LINKE will, dass das Thälmannparkensemble als wichtige bezirkliche Kultureinrichtung profiliert wird und den Projekten im Eliashof neue bezirk-

liche Räume angeboten werden, im Thälmannpark oder andernorts.

Der "Beirat zur Förderung von Kunst und Kultur" sieht in Pankow die Kultur in Gefahr. Wie hast Du auf diesen Brief reagiert?

In meiner Antwort habe ich in der Sache nur zustimmen können. Der Einspareffekt für den Berliner Landeshaushalt in Höhe von etwa 90.000 Euro, die wegen der vorläufigen Haushaltssperre nicht an die 27 die vom Beirat ausgewählten Kulturprojekte gegeben werden konnten, steht in keinem vernünftigen Verhältnis zu Aufwand, Engagement und Drittmittelakquise und somit dem Verlust weiterer Förderungen der Künstler.

Doch der Finanzsenator hat in seinem „Haushaltswirtschaftsrundschreiben“ rigoros formuliert, dass neue Projekte nicht gefördert werden dürfen.

Der Bezirk könnte seinen Haushalt nur frei bekommen, wenn er zunächst sechs Millionen Euro geforderter Einsparungen erbringt. Die Projektförderungsmittel würden sicher dieser Streichung zum Opfer fallen. Absurd.

Es gibt massive Kritik an Dir in der BVV wegen der desolaten Lage im Kulturbereich.

Welche Konsequenzen siehst Du für Dich als verantwortlicher Stadtrat der LINKEN?

Die Kritik, insbesondere aus den Reihen der Grünen und auch von einzelnen CDU-Verordneten, ist unaufrichtig. Einerseits fordern Sie von mir als Stadtrat die Umsetzung des Eckwertebeschlusses des Bezirksamts, also radikale Sparorgien im Kulturbereich, und zugleich fordern sie den ungekürzten Erhalt der Musikschule, der Bibliotheken und anderer Kultureinrichtungen. Sie wehren sich dagegen, von den LINKEN „als Zerstörer der Kultur“ hingestellt zu werden, erwarten aber vom Stadtrat diese Abbrucharbeit, um ihn dann dafür zu geißeln.

Interview:
Sandra Brunner

Keine Qual der Wahl

Eine starke LINKE für ein soziales Land

Wie bereits 2005 kandidiere ich im Bezirk Pankow direkt für den Bundestag.



Die letzte Wahl konnte Wolfgang Thierse von der SPD für sich ent-

scheiden. Seitdem ist viel passiert. Die SPD hat der CDU zur Kanzlerschaft verholpen und vier Jahre mit ihr regiert. Der SPD-Kandidat trägt auch dafür Verantwortung.

Ich bin nunmehr seit vier Jahren im Bezirksverband Pankow unserer Partei organisiert, habe hier viele neue Kontakte geknüpft, und schließlich wohne ich nun auch wieder hier.

Politik mache ich schon seit der Wende. Zunächst ehrenamtlich und dann als Abgeordneter. Erst sieben Jahre in der Opposition und nun seit sieben Jahren in der Berliner rot-roten Koalition.

Prioritätensetzung, Kompromissfindung, Aushandeln von Entscheidungen und Abwägen von Konsequenzen habe ich gelernt.

Denn in Berlin zu regieren hieß und heißt nach wie vor, Verantwortung in einer finanziell angespannten Lage zu übernehmen und linke, also soziale Politik in Verbindung mit Haushaltskonsolidierung durchzusetzen.

Die Einführung des Berlinpasses für Kultur, Sport und Freizeit zum reduzierten oder kostenfreien Eintritt, das Sozialticket für die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs zum halben Preis und die Einrichtung eines öffentlich

geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) für gesellschaftliche sinnvolle Arbeit sowie zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Stellen für Langzeitarbeitslose als Alternative zu entwürdigenden 1-Euro-Jobs sind einige Beispiele für linke Projekte, seit wir in Berlin regieren. Diese Erfahrungen würde ich gern in den Bundestag einbringen.

Nur DIE LINKE steht konsequent für eine soziale, demokratische und friedliche Politik, deshalb ist es wichtig, dass sie mit einer starken Fraktion im nächsten Bundestag vertreten ist.

Unsere Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn, der Rücknahme der Rente mit 67, der Einführung einer Börsenumsatz- und Reichensteuer gewinnen vor dem Hintergrund der Krise eine neue Bedeutung, denn sie sind auch geeignet, deren Folgen zu mildern. Deshalb bitte ich Sie darum, dass Sie am 27. September mit der Zweitstimme DIE LINKE wählen und mit der Erststimme mich.

Denn je stärker DIE LINKE, desto sozialer wird unser Land.

Stefan Liebich
Direktkandidat
für den Bundestag
in Pankow

Gute Bildung, gute Arbeit



Vor einigen Monaten war die Halbzeit der rot-roten Regierung in Berlin. Zeit, einen Rückblick auf das bisher Erreichte zu werfen. Zwei der Schwerpunkte der LINKEN sind die Bereiche Bildung und Arbeit.

Wir wollen Schulen, die den Zugang zu Bildung für alle ermöglicht. Mit der Einführung der Schulstrukturreform und der Pilotphase der Gemeinschaftsschule haben wir wichtige Schritte eingeleitet.

Eine Schule, die auf Auslese verzichtet und allen Kindern eine Chance bietet, wird es aber nur mit der Gemeinschaftsschule geben. Insofern betrachten wir die Schulstrukturreform als ein Zwischen-

schritt dahin und werden uns auch zukünftig für längeres gemeinsames Lernen und die Berliner Gemeinschaftsschule stark machen.

Auf unsere Initiative hin wurde 2006 in Berlin ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS) eingerichtet. Unser Ziel war, 2.500 Arbeitsverhältnisse in Berlin für Langzeitarbeitslose einzurichten, die mindestens 1.300 Euro Brutto verdienen.

Das entspricht der Höhe des von den Gewerkschaften geforderten Mindestlohns von 7,50 Euro die Stunde. Bislang arbeiten schon über 6.000 Beschäftigte im ÖBS. Sie verrichten sinnvolle Arbeit in Projekten, die den sozialen Zusam-

menhalt stärken und eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

Diese Lohnhöhe wollen wir auch bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Deshalb wurde auf unsere Initiative hin das Berliner Vergabegesetz geändert. Leider entschied der Europäische Gerichtshof kurze Zeit später, dass eine solche Regelung sich nicht mit dem europäischen Wettbewerbsrecht vereinbaren lässt.

Wir lassen uns aber dadurch nicht beirren und werden in Kürze ein überarbeitetes Vergabegesetz vorlegen.

Elke Breitenbach
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Vorgestellt: Kandidatin für den Bundestag

Links real

Im Wahlkreis 84 kandidiert Halina Wawzyniak für DIE LINKE zum 17. Deutschen Bundestag. Zum Wahlkreis gehören die Bezirke Friedrichshain, Kreuzberg und Teile von Prenzlauer Berg. extraDrei fragte Halina nach ihren ersten Überlegungen zur Arbeit im Bundestag:

Halina, was wären Deine ersten Überlegungen für eine mögliche Arbeit im Bundestag?

Du schaust gerne Tatort und Polizeiruf. Der Kandidat der LINKE für das Bundespräsidentenamt, Peter Sodann, wollte Ackermann von der Deutschen Bank verhaften. Ist das sinnvoll?

Natürlich nicht. Ich würde versuchen, eine Debatte im Rechtsausschuss zu einer grundlegenden Reform von Hartz IV anzuregen. Dabei sollte es zum einen um die Überführung des Sozialgesetzbuches II in eine sanktionsfreie Mindestsicherung für alle gehen und auf der anderen Seite als Sofort-

maßnahme, um eine Erhöhung des Hartz IV Regelsatzes, eine Aufhebung der Bestimmungen, dass Leistungen wegen „Pflichtverlet-



zungen“ gestrichen werden können und die Aufhebung der sogenannten Bedarfsgemeinschaft.

Schließlich würde ich dafür sorgen, dass maximale Öffentlichkeit hergestellt wird. Dazu würde ich Twitter und meine Website nutzen und in meinem Wahlkreisbüro eine regelmäßige Sprechstunde zu Hartz IV anbieten.

Das Rechtswerk der Bundesrepublik ist sehr umfangreich und unübersichtlich. Ist eine Vereinfachung sinnvoll und möglich?

Aus meiner Sicht sollen Gesetze das Wesentliche regeln und nicht jedes Detail. Das Grundgesetz darf nicht überfrachtet werden, was aber heißt, dass vieles in Einzelgesetzen geregelt werden muss. Die Texte dieser Gesetze müssen so formuliert werden, dass sie von den Bürgern verstanden werden und Verwaltungen klare Handlungsanweisungen erhalten. Über einen solchen Weg ließe sich vieles vereinfachen. Im Bundestag wurde schon häufig hierzu debattiert und wenig geändert.

Interview: Klaus Flemming

DIE LINKE wirkt

Das haben die letzten vier Jahre gezeigt. DIE LINKE ist zur treibenden Kraft in der deutschen Parteienlandschaft geworden. Andere Parteien sehen sich angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise gezwungen, Forderungen der LINKE zu übernehmen.

Gemeinsam mit Gewerkschaften hat DIE LINKE die Bundesregierung gezwungen, in einigen Branchen Mindestlöhne einzuführen.

DIE LINKE fordert die Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Die Bundesregierung, die die Krise mitverantwortet, will zwar zukünftig Finanzholdings besser überwachen, legt jedoch ihren Schwerpunkt auf die Rettung der Banken.

Angesichts der Krise fordert DIE LINKE ein Konjunkturprogramm von 100 Milliarden Euro und einen Zukunftsfonds von 100 Milliarden Euro. Ein „Schutzschirm für die Menschen“ soll dafür sorgen, dass

die Kosten der Krise die Verursacher bezahlen. Die Rente mit 67 muss zurückgenommen werden. Wir haben den Protest von Gewerkschaften und Sozialverbänden ins Parlament getragen.

DIE LINKE will eine spürbare Anhebung des Regelsatzes von Hartz IV. Wir fordern, die Kindergelderhöhung von der Anrechnung auf die Hartz IV-Regelsätze auszunehmen.

Die Regierung gewährte nur einen einmaligen Kinderbonus von 100 Euro. Auch der Kinderregelsatz bei Hartz IV-Bezug muss angehoben werden. Die Bundesregierung hat zumindest für die 6- bis 13-Jährigen den Regelsatz auf 246 Euro erhöht. DIE LINKE besteht weiterhin darauf, dass für Kinder ein eigener Bedarf festgestellt wird.

DIE LINKE hat Kriegsbeteiligungen Deutschlands eine Absage erteilt. Insbesondere die Politik der Fraktion DIE LINKE zu Afghanis-



tan hat dazu beigetragen, dass die Ablehnung zum Bundeswehreinsetzung immer größer wird.

Auch künftig wird DIE LINKE die herrschende Politik unter Druck setzen und im Sinne von sozialer Gerechtigkeit streiten. Dafür wollen wir gestärkt am 27. September in den Bundestag einziehen.

Sandra Brunner

Bezirk

Jetzt geht's los



10 + x sollen es für DIE LINKE werden. 10 Prozent + x wären bitter nötig, soll es eine gestärkte Kraft im Bundestag gegen Sozialabbau, Rentenkürzung und Lohndumping und für eine gerechte, friedliche und Ressourcen schonende Gesellschaft geben. Dabei werden wir in Pankow im Wesentlichen gegen zwei Hauptkonkurrenten zu kämpfen haben. An erster Stelle steht die SPD mit ihrem Direktkandidaten Wolfgang Thierse, der sich keiner öffentlichen Auseinandersetzung zu stellen bereit ist und alle Kandidatenrunden abgesagt hat. Auf der anderen Seite kämpfen wir gegen die durch Umfragewerte in ihrem Selbstbewusstsein absurd aufgeblähten Bündnisgrünen. Sie zehren von einem Mythos, der mit der Realität der Pankower Grünen lächerlich wenig zu tun hat und ebenso wie die SPD sind die Grünen für die Ergebnisse neoliberaler Politik, für Hartz IV und Kriegseinsätze verantwortlich.

Für den anstehenden Wahlkampf stehen uns als Basis im Wesentlichen vier bewährte Elemente zur Verfügung: Wir werden mit 4.000 Plakaten unsere Forderungen zum Abzug aus Afghanistan, zur Abschaffung der Rente mit 67, zu mehr Bildung und Abschaffung von Hartz IV, zur Einführung eines Mindestlohns und

für mehr Steuergerechtigkeit sichtbar machen. Zudem wird es 2.100 Personenplakate mit unserem Direktkandidaten Stefan Liebich geben. Wir sind mit Infoständen auf Straßen, Plätzen und Festen präsent. Früh-, Tages- und Nachtstände sollen die Bandbreite der Tage und die Fläche des Bezirkes möglichst vollständig an S-Bahnhöfen, vor Schulen und Einkaufszentren abdecken. Außerdem wird es Steckaktionen mit dem Flyer von Stefan geben. Hierfür stehen 30.000 Exemplare zur Verfügung sowie ein Bürgerbrief, der in der letzten Woche an die Wählerinnen und Wähler gehen soll. Im Besonderen aber ist es das persönliche Gespräch im Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis, in der Nachbarschaft und im Arbeitsumfeld, das Neugier wecken, Diskussionen anregen und auch Wahlmotivation für DIE LINKE schaffen soll.

Mit 8.000 Exemplaren des Kurzwahlprogramms, das jeder und jede von uns im Wesentlichen kennen und bei sich tragen sollte, steht hierfür die geeignete argumentative Grundlage zur Verfügung. Zuhören, selber Bescheid wissen, freundlich und engagiert. Lasst uns den Kontakt offensiv suchen. Wir haben Substantielles anzubieten. Immer wieder übernehmen andere unsere Forderungen. Da



ist es besser, gleich das Original zu wählen. Besonders wichtig zum organisatorischen Gelingen: Regelmäßigen Kontakt halten zur Geschäftsstelle. Alle Aktivitäten zur Kenntnis geben. Erkennbare Engpässe rechtzeitig anmelden, damit wir solidarisch die Lücken füllen können.

Ab 24. August ist das Wahlquartier in der Kopenhagener Straße 76 montags bis donnerstags von 15 bis 19 Uhr besetzt. Zeit und Ort für Austausch, gegenseitige Motivation, Verschlaufen und Diskussion mit GenossInnen, WahlkämpferInnen und WählerInnen.

Helft alle mit. Lasst uns kurz und intensiv kämpfen, damit wir lange und wirksam die Politik nach links verändern können!

Sören Benn
Bezirksvorsitzender

Jüdisches Leben in Pankow



Synagoge Rykestraße

Über zehn Jahre ist die Wanderausstellung „Jüdisches Leben - Vom Anbeginn zum Neubeginn“ bereits an zahlreichen Orten in Pankow zu

sehen gewesen. Nicht ohne, dass dies Spuren an der Substanz der anerkannten Exposition hinterlassen hat.

Dr. Inge Lammel von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), Autorin der Ausstellung sowie zahlreicher Begleitletturen, bewegte auch das außergewöhnlich hohe Interesse nun zur Überarbeitung der Schau. Auf 40 Bild- und Texttafeln werden anhand von Fotos, Dokumenten, Statistiken und Chroniken exemplarisch Leben, Wirken und Schicksale jüdischer Bürgerinnen und Bürger in Berlin-Pankow aufgezeigt.

Ende 2009 soll die überarbeitete und neu gestaltete Version der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Begleitend wird es einen Katalog mit CD geben. Die Rekonstruktion und Überarbeitung der Ausstellung durch Dr. Inge Lammel wird unterstützt durch die VVN-BdA Berlin-Pankow e.V. und den Lokalen Aktionsplan Pankow.

Für die Realisierung werden noch Spenden benötigt.

Bankverbindung: VVN-BdA Berlin-Pankow e.V.,

Stichwort:

Juedisches Leben - Spende, Berliner Volksbank, BLZ 10090000, Kontonummer 5891158000.

Die Ausstellung von Spendenbescheinigungen ist auf Anfrage möglich.

Infos unter <http://de.juedisches-leben.org>

VVN/BdA

Im Osten geht die Sonne auf

Es ist nun mal wie es ist: Die Zeit, diese unbarmherzige Streberin mit ihren ausholenden Schritten, breitet schnell, schnell den Mantel des Vergessens über Zeiten, Menschen, Geschichten.

Aber be.bra. sei Dank! Der Verlag aus Berlin bewahrt uns davor, in die Archive von Sonntag, Freitag, Wochenpost, ZEITMagazin, Die Woche oder Frankfurter Rundschau zu tauchen, um nachzulesen, was war. Wirklich war. Vor 1989, in der Endzeit der DDR und nach 1989. Mit uns, mit diesem Land, mit dieser Zeit.

Die ebenso scharfsinnige, wie feinfühlig Jutta Voigt veröffentlichte in diesen Zeitschriften ihre geschliffenen Texte. Erzählt von Stromsperre im Hinterhaus, Erntefest in Bornholm II, Clärchens Ballhaus, einem Besuch im Pornokino, den Schwaben vom Kollwitzplatz, dem Besuch in der Suppenküche oder warum wir heute wie die Koffer reisen...

Dieser Tage kommen sie gesammelt in dem Band „Im Osten geht die Sonne auf - Berichte aus anderen Zeiten“ (be.bra Verlag, 223 S., 16.90 Euro) in die Buchläden. Deutsche Geschichten vom Anderssein und Anderswerden. Auch vom Sichtreibleiben. „Oden an die Freude und Elegien des Abschieds, Beschreibungen der atemlosen Anpassung an ein fremdes Leben...“, so die Autorin im Vorwort über ihre lebensklugen Beobachtungen. Sie bewahrt Alltag auf, bettet das Universum in die Nusschale, nagelt die Sonne an die Wand und bringt die Gefühle zum Tanzen. Mit Genauigkeit und Anteilnahme. Manchmal kommt so etwas wie Heimweh auf. Wenn es an Schulen noch Pflichtlektüre gäbe - Jutta Voigts Buch müsste unbedingt dazu gehören!

Menschenwarme Zeit-Geschichte. Ohne Weichzeichner, ohne Verzerrungen.

Am 24. September, 19.30 Uhr, liest



Jutta Voigt aus diesem Buch im Kino Babylon, Rosa-Luxemburg-Straße 30, Tel. 2425969.

Gisela Blank

Unruhe in der Stillen Straße

Uralte Tannen nicken vor dem Haus sanft im Wind. Die Adresse passt: Stille Straße 10 - Begegnungsstätte für Seniorinnen und Senioren seit Jahren. Man trifft sich zum Schach, in Gesprächskreisen, zu Handarbeiten, zum Malen, zum Kartenspiel, lernt gemeinsam Sprachen.

Dass es um die Stille Straße inzwischen ziemlich laut wird, dafür sorgt jetzt die Linksfraktion (DIE LINKE). Auf der letzten Sitzung vor der Sommerpause machte sie dem Bezirksparlament Dampf und sich für den Erhalt der Einrichtung stark.

Ich erklärte: „Das Bezirksamt hatte 2008, Maßnahmen zur strukturellen Entlastung des Haushaltes beschlossen. Darin steht der Prüfauftrag, für die Seniorenbegegnungsstätte einen Ersatzstandort zu suchen, damit die Fläche in den Liegenschaftsfonds überführt werden kann. Ich frage mich, welche Überlegung muss die Stadträtin für Soziales (SPD) dazu gebracht haben, ihre eigene erfolgreich arbeitende kommunale

Einrichtung einer unbekanntenen Entwicklung preiszugeben und so schnöde mit dem Vertrauen der Seniorinnen und Senioren umzugehen?“

Während in der ersten Etage der Begegnungsstätte vor geraumer Zeit sogar eine Behindertentoilette eingebaut wurde, fehlt seit 20 Jahren ein Treppenlift bzw. eine Rampe. Bei mehreren Anlässen hatte ich darauf aufmerksam gemacht und empfohlen, eine Spendenaktion zu starten. Nichts geschah.

Aber in der Debatte um den Prüfauftrag in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wurde festgestellt, dass die Immobilie als Begegnungsstätte nicht geeignet sei, weil sie nicht behindertengerecht sei. Wer, frage ich, hätte für den behindertengerechten Zugang sorgen müssen? Während für mich die Seniorinnen und Senioren sowie der Erhalt der Angebote am Standort im Vordergrund stehen, liegt die Priorität anderer Verordneter, insbesondere die Grünen, offenbar



auf der Verwertung der Immobilie. Noch im Januar versprach Bürgermeister Köhne (SPD) den Seniorinnen und Senioren, sie im April über den Stand des Prüfauftrages zu unterrichten. Sie warten noch heute.

Die zuständige Stadträtin von der SPD bat um Geduld bis Juli. Inzwischen haben wir September!

Mit solcher Arroganz darf man mit Bürgern nicht umgehen. Ich stehe als Linke jedenfalls an der Seite der Seniorinnen und Senioren und unterstütze sie, würdige ihr Engagement und achte ihre Lebenserfahrung.

Evelyne Lämmer
Bezirksverordnete

Wahlkampf in neuen Dimensionen

Brust oder Keule



Vera W. verziert ihren Kampf um ein Direktmandat mit neu gestalteten Plakaten. Nicht nur der Kopf ist sichtbar, sondern auch das nicht kleine Dekolleté. Was will uns die bekannte Person bzw. ihre Partei damit sagen? In Zukunft werden in Deutschland Milch und Honig fließen? Dazu sind Zweifel angebracht. Wenn auch Lichtblicke in der Wirtschaft erkennbar sind, so sind alleine die angekündigten Entlassungen bereits ein Fingerzeig des kommenden Horrors. Ohne ein Prophet zu sein, nach der Wahl werden viel mehr Unternehmen und Institutionen ihre Untertanen aus der gesicherten Berufstätigkeit entlassen. Für sie werden Milch und Honig wohl kaum noch bezahlbare Grundnahrungsmittel sein. Also was sollen diese vollbusigen Angebereien?

Es könnte auch ein anderer Verdacht entstehen. Sollte eine Wahl in den Bundestag scheitern, ist eine Perspektive als Amme aussichtsreich. Dann wäre eine eventuell einjährige Perspektive gesichert. Ein Problem scheinen mir allerdings die natürlichen Grenzen zu sein. Wie da wären: Nur Frischgebärende können ausreichend Milch für einen etwas längeren Zeitraum produzieren.

Dazu bedarf es zeugungsfähiger Männer. Nun, die werden sich finden lassen. Aber das Lebensalter setzt Grenzen.

Oder, wer so offen seinen Busen in der Öffentlichkeit präsentiert, sieht eventuell auch in einem freien Beruf seine Lebenserfüllung.

Was macht DIE LINKE? Hat sie zu wenige vollbusige Führungskader? Sie wählt den schlanken Popo von

Halina W. Ein Wahlplakat drauf geklebt, verdeutlicht die eindeutigen Absichten und sichert ästhetischen Anspruch. Und die Schlankheit beschwört nicht etwa den freiwilligen Entzug von Milch und Honig, sondern ist Vorzeichen für größeren Verzicht in der Zeit nach der Bundestagswahl.

Auch eine ganz andere Deutung ist denkbar: Sollte die gesetzte Zielstellung, Gewinn des Mandates im Wahlkreis, nicht erreicht werden, verbleibt die Perspektive als Model. Allerdings muss der Storchen-gang auf dem Laufsteg noch erlernt werden. Bei der Figur sicher kein Problem.

Vielleicht haben wir auch gesellschaftliche Entwicklungen nicht verstanden? Spaß soll die Wahl bereiten. Oder?

Klaus Flemming

WANNWOWASWANNWOWASWANN

29./30. August 10 Uhr
Weißenseer Blumenfest mit einem Infostand der LINKEN und zahlreichen Politikern zum Gespräch, auch mit Stefan Liebich, Direktkandidat der LINKEN in Pankow für den Bundestag

31. August 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

05. September 10 Uhr
Bucher Herbstfest, Infostand mit dem Kandidaten der LINKEN für den Bundestag, Stefan Liebich

06. September 15:30 Uhr
Infostand mit dem Kandidaten der LINKEN für den Bundestag, Stefan Liebich, am Weißen See

07. September 18 Uhr
Basistag in der Bezirksgeschäftsstelle, Kopenhagener Straße 76, Nähe S und U Schönhauser Allee

12 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes DIE LINKE Pankow in der Bezirksgeschäftsstelle, Kopenhagener Str. 76, Nähe S + U Schönhauser Allee

08. September 18 Uhr
AG Jugend im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

09. September 11 Uhr
Diskussionsrunde der Volkssolidarität mit den Bundestagskandidaten, Wichertstraße 71

11. September 19 Uhr
Nachtinfostand mit dem Kandidaten der LINKEN für den Bundestag, Stefan Liebich, am Kino Colosseum in der Schönhauser Allee / Gleimstraße

12./13. September 10 Uhr
Fest an der Panke mit einem Infostand der LINKEN und zahlreichen Politikern zum Gespräch, auch mit Stefan Liebich, Direktkandidat der LINKEN in Pankow für den Bundestag

14. September 07 Uhr
Frühinfostand mit dem Kandidaten der LINKEN für den Bundestag, Stefan Liebich, S Pankow

18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

15. September 19:30 Uhr
Diskussionsrunde der Zukunftswerkstatt Heinersdorf mit den Bundestagskandidaten in der Turnhalle der Grundschule am Wasserturm, Berliner Straße 66

16. September 19:30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle, Kopenhagener Straße 76, Nähe S und U Schönhauser Allee

17. September 07 Uhr
Frühinfostand mit dem Kandidaten der LINKEN für den Bundestag, Stefan Liebich, S Schönhauser Allee

18. September 19 Uhr
„Roter Salon“, Dr. Klaus Lederer & Gäste, Diskussionsveranstaltung im Kavalierhaus, Breite Straße 45

21. September 07 Uhr
Frühinfostand mit dem Kandidaten der LINKEN für den Bundestag, Stefan Liebich, S Karow

18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

22. September 07 Uhr
Frühinfostand mit dem Kandidaten der LINKEN für den Bundestag, Stefan Liebich, S Prenzlauer Allee

23. September 17:30 Uhr
27. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow von Berlin im Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Bezirksverordnetensaal

25. September 15 Uhr
Zentraler Wahlkampfabschluss der LINKEN auf dem Alexanderplatz

26. September 19 Uhr
Nachtinfostand mit dem Kandidaten der LINKEN für den Bundestag, Stefan Liebich, am U Eberswalder Straße

27. September
Bundestagswahlen und abends Wahlfete in der Bezirksgeschäftsstelle, Kopenhagener Str. 76, Nähe S und U Schönhauser Allee

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Carsten Schatz

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21. August 2009
Druck: double express Auflage: 6.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei
erscheint am 09. Oktober 2009

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.

Titelfoto: „Kulturareal Thälmannpark“, Sandra Brunner